



## 74 Jahre gewaltsame Vertreibung ohne Ende bis heute

### Leben in Palästina 2022

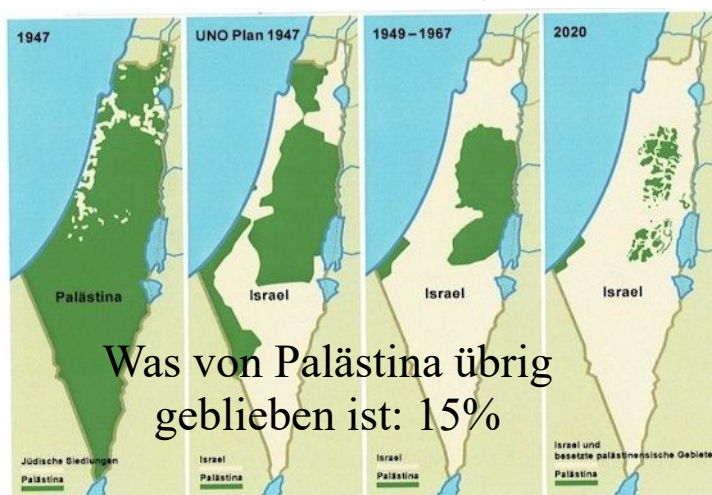
in Zahlen nach UN-Organisation OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, <https://www.ochaopt.org/poc/5-18-april-2022> / Stand 25.4.2022)

Ereignis	5.-18.4.2022	2022	2021	2020
Getötete Palästinenser*innen	13	37	341	30
Verletzte Palästinenser*innen	947	3.531	17.892	2.614
Getötete Israelis	3	7	14	3
Verletzte Israelis	34	80	897	111
Zerstörte palästinensischen Häuser	5	202	894	846
Vertriebene Palästinenser*innen	8	252	1.179	968
Angriffe israelischer Siedler	14	181	496	358
Hausdurchsuchungen + Verhaftungen durch israelisches Militär	109	847	3451	3.636
Militärisches Eindringen nach Gaza		12	50	68

Diese Zahlen spiegeln den Alltag der Menschen in Palästina. In deutschen Medien werden Sie davon wenig lesen, hören oder sehen. Diese Ereignisse sind nicht zufällig. Sie haben ein eindeutiges Ziel: unsere Vertreibung. In der Grafik können Sie sehen, was von Palästina noch übrig geblieben ist.

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Für die Palästinenser steht dieses Datum für die "Nakba", ein katastrophales Zusammenspiel aus Zerstörung, Morden, Rauben und Plündern und unsere Vertreibung. Gleich nachdem die Vereinten Nationen im November 1947 den Teilungsplan für Palästina beschlossen hatten, begannen zionistische Terrormilizen wie Hagana, Irgun und Lechi mit Angriffen auf die palästinensische Zivilbevölkerung. Massaker wie z.B. in Deir Yassin bei Jerusalem und Morde an Zivilisten verbreiteten Angst und Schrecken unter der

Bevölkerung. So wurden bis zur israelischen Staatsgründung 80% der palästinensischen Zivilbevölkerung (750.000 Personen) in die angrenzenden arabischen Staaten vertrieben. Bis Mai 1948 brachten die gut organisierten und bewaffneten jüdischen Gruppen 78% Palästinas unter ihre Kontrolle. Die UNO forderte Israel schon im Dezember 1948 auf, die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat zuzulassen. Israel akzeptierte die Resolution, um Mitglied der UN zu werden, verweigert aber bis heute ihre Umsetzung. Im Juni 1967 besetzte Israel militärisch das gesamte palästinensische Restgebiet, die syrischen Golanhöhen und den ägyptischen Sinai. Während die Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückgegeben wurde, herrscht im Westjordanland eine Militärbesatzung über eine rechtlose Zivilbevölkerung. Aber damit war die Vertreibung noch nicht zu Ende. Sie dauert bis heute an. Im Westjordanland (incl. Ost-Jerusalem) wurden aus 11.000 Siedler im Jahre 1972 im Jahr 2021 mehr als 750.00 Siedler.



Und wir Palästinenser verlieren unsere Häuser, unser Land und unser ökonomische Existenz. Aktuell sind palästinensische Häuser in den Jerusalemer Stadtteilen Silwan und Sheik Jarrah von Räumungen oder Abriss bedroht, um Platz für israelische Siedler zu machen. Bereits vertriebene Bewohner wurden obdachlos. Heute trennt eine völkerrechtlich illegale, israelische Mauer in der Westbank palästinensische Bauern von ihren Äckern, unzählige Militärkontrollposten und Checkpoints lähmen die palästinensische Wirtschaft. Der Alltag wird von Razzien, Festnahmen und Hauszerstörungen bestimmt.

Der Kampf um Freiheit, Selbstbestimmung und Rückkehr dauert nun seit über 74 Jahren an.

Wir fordern und verlangen entsprechend internationalem Recht von der Europäischen Union und auch von Deutschland, sich unseren Forderungen anzuschließen. Wir fordern ...

- gleiche Rechte für jüdische und palästinensische Israelis in Israel,
- das Ende der Besatzung im Westjordanland und der Belagerung des Gazastreifens,
- das Ende des Landraubs und der israelische Siedlungstätigkeit auf palästinensischem Land incl. Enteignungen, Häuserabbrissen, Zerstörung der Felder und Olivenhaine,
- die Freilassung der palästinensischen politischen Gefangenen,
- das Recht auf Rückkehr in ihr eigenes Land, gemäß der UN-Resolution 194,
- das Recht auf Gründung seines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt als Basis für das Recht auf Selbstbestimmung.



## Sonderteil : Ermordet in Jenin

Die hoch angesehene palästinensische Reporterin **Shireen Abu Akleh** wurde während eines Einsatzes der israelischen Armee im Westjordanland in Jenin am frühen Mittwochmorgen des 11. Mai 2022 getötet.

Sie und andere Journalisten, ausgestattet mit Schutzwesten, Helm und gut sichtbarem Presse-Aufdruck, hatten über einen Militäreinsatz der israelischen Armee berichten wollen. Schon seit Wochen finden solche Operationen statt, angeblich um Terroristen zu verhaften.

Der Journalist Al-Samoudi von der Zeitung Al-Quds, wurde in den Rücken geschossen, überlebte jedoch. Obwohl dieser als Augenzeuge aussagte, dass es zu diesem Zeitpunkt keine Schüsse (Quelle: tagesschau.de) von palästinensischer Seite gab, erfinden israelische Regierungssprecher und diverse westliche Medien einen Schusswechsel. Offenbar übernehmen europäische, insbesondere deutsche Medien vollkommen unkritisch die israelische Darstellung. Seit Beginn des Jahres 2022 wurden bereits 40 Palästinenser\*innen bei solchen sogenannten "Anti-Terror"-Einsätzen getötet, 2021 waren es 341 Tote. Verletzt wurden in diesem Jahr bereits mehr als 3.500 Personen und 2021 17.892 Personen palästinensischer

Herkunft (Zahlen der UN-Organisation OCHA). Seit 55 Jahren wehrt sich die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland gegen eine grausame Militärverwaltung, die die palästinensische Bevölkerung ohne Bürgerrechte militärisch, ökonomisch und politisch unterdrückt, und gegen die Politik der Vertreibung. Der Tod der Journalistin Shireen Abu Akleh folgt einer militärischen Logik: sie berichtete seit Jahren seriös und informativ zum Thema Israel/Palästina. Aber das Militär lässt sich nicht gern bei seinen schmutzigen Geschäften beobachten.

Gegen die Ermordung protestieren der Rundfunksender Al-Jazeera, für den die Journalistin arbeitete, die palästinensische Bevölkerung, palästinensische Organisationen, die Autonomiebehörde, Präsident Mahmud Abbas und zahlreiche Politiker in der gesamten Welt. Und in Deutschland: der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung berichtet von einem „arabischen Antisemitismus“.

Wer in Israel als Terrorist gilt, erkennt man an einer juristischen Maßnahme der israelischen Regierung, mit der sie 6 unabhängige, palästinensische **Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) zu Terrororganisationen erklärte** - trotz internationalem Protests. Wenn man sich die Tätigkeiten der NGOs anschaut, kann man sehen, wie der Begriff Terror umgedeutet wird: **Addammeer** vertritt die Rechte politischer Gefangener und veröffentlicht regelmäßig Informationen über Folter in Gefängnissen, **Al-Haq** dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und bekam für ihre Arbeit mehrere internationale Preise, **Defense for children International Palestine (DCP)** verteidigt Kinder vor israelischen Militärgerichten und dokumentiert Misshandlungen und Erschießungen durch die israelische Armee, **Union of Agricultural Work Committees (UAWC)** unterstützt Kleinbauern, Forschungsinstitut **Bisan** untersucht die sozio-ökonomischen Folgen der Besatzung.